

N i e d e r s c h r i f t

über die 28. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 18.12.2002 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Dr. Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Raabe, Peter	CDU-Fraktion
Richrath, Martin	CDU-Fraktion

Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Scheige, Gerardo (Nicht anwesend)	Fraktion PETO
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schunke, Dieter anwesend bis einschl. TOP Ö 5.	SPD-Fraktion
Senft, Harald anwesend bis einschl. TOP Ö 9.	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Stapper, Norbert	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth von Wallis, Winfried anwesend bis einschl. TOP Ö 25.	SPD-Fraktion
Spiecker, Gerd	Fraktion MBM/F.D.P.
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Dr. Hennen, Karl-Heinz	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Kirberg, Inge	Verwaltung

Beginn der Sitzung 16:05 Uhr

Ende der Sitzung 21:59 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 07.11.2002 -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2002/0517 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 07.11.2002
- Ö 4. 2002/0488 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Maria Drozdova u.a., Kremser Weg 31, vom 15.11.2002
"Jugend-Café in Baumberg"
- Ö 5. 2002/0499 Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Monheim am Rhein
- Ö 6. 2002/0475 Tarife mona mare
- Ö 7. 2002/0358 Ermäßigungen für Jugendleiter-Card Inhaberinnen und Inhaber
- Ö 8. 2002/0365 Baubeschluss für den Ausbau "Ausgleichsfläche Steinacker"
- Ö 9. 2002/0445 Widmung von Straßen für den öffentlichen Verkehr
hier: Teilstück der Straße Auf'm Kostenkamp
- Ö 10. 2002/0453 Sachstandsbericht zur Projektabfolge aus dem Handlungs- und Finanzierungsprogramm Berliner Viertel
- Ö 11. 2002/0515 Bebauungsplan 107 M (Im Rottfeld)
- Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes 107 M gem. § 2 (1) BauGB
- Ö 12. 2002/0526 Bebauungsplan Nr. 10 B - 4. Änderung (Liselott-Diem-Sporthalle)
- Öffentliche Auslegung
- Ö 13. 2002/0455 Beteiligung am Projekt 'Digitales Ruhrgebiet'
- Ö 14. 2002/0425 Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel;
Restfinanzierung der Dachsanierung KG Schellingstraße
- Ö 15. 2002/0444 Genehmigung von überplanmäßigen Mitteln
hier: Entschädigungen an umlegungseteiligte Grundstückseigentümer
- Ö 16. 2002/0493 Kenntnisnahme der nicht erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 01.09. - 22.11.02

- Ö 17. 2002/0398 Satzung zur 7. Änderung der 'Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 20.12.1996'
- Ö 18. 2002/0423 Vergnügungssteuersatzung
- Ö 19. 2002/0434 Änderung der Hundesteuersatzung
- Ö 20. 2002/0522 Satzung zur 23. Änderung der 'Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.02.1982'
- Ö 21. 2002/0462 Satzung zur 10. Änderung der 'Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung in der Stadt Monheim am Rhein vom 22.12.1989'
- Ö 22. 2002/0465 Satzung zur 9. Änderung der 'Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.12.1994'
- Ö 23. 2002/0524 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Krankentransport- und Rettungsdienstes der Stadt Monheim am Rhein
- Ö 24. 2002/0518 Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2001
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 25. 2002/0500 Hebesatzsatzung für die Realsteuern
- Ö 26. 2002/0514 Stellenplan 2003
- Ö 27. 2002/0507 Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2002- 2006
- Ö 28. 2002/0508 Haushaltssatzung, Haushaltsbuch und Haushaltsplan 2003
- Ö 29. 2002/0503 Haushaltssicherungungskonzept für die Jahre 2003-2006
- Ö 30. 2002/0527 Fahrt der Big Band der Musikschule nach Delitzsch
- Ö 31. 2002/0528 Beschallungsanlage für das Bürgerhaus Baumberg
- Ö 32. Mündliche Mitteilungen
- Ö 33. Mündliche Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 34. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 35. Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 07.11.2002
-nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 36. 2002/0495 Neuwahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk
Monheim der Stadt Monheim am Rhein
- NÖ 37. 2002/0525 Vertragsangelegenheit
- NÖ 38. 2002/0523 Vertragsangelegenheit
- NÖ 39. Mündliche Mitteilungen
- NÖ 40. Mündliche Anfragen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Vor Eintritt in die Tagesordnung verabschiedet Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim in Anwesenheit des Direktors des Amtsgerichts Langenfeld, Herrn Wollenhaupt und dem 2. Vorsitzenden der Bezirksvereinigung Düsseldorf des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen, Herrn Hupperts, Frau Margret Jenniches, die nach 15jähriger Tätigkeit als Schiedsfrau für den Schiedsgerichtsbezirk Monheim ausscheidet. Er spricht ihr den Dank des Rates für ihre ehrenamtliche Tätigkeit aus. Die Vertreter des Amtsgerichts und des BDS sowie die Fraktionen schließen sich an.

Weiter verabschiedet der Bürgermeister den Leiter der Volkshochschule und des Fachbereichs Bildung, Kultur und Sport, Herrn Dr. Karl-Heinz Hennen, der zum Ende dieses Jahres aus dem Dienst ausscheidet. Auch ihm dankt er namens des Rates und persönlich für seine 30jährige Tätigkeit. Die Fraktionen schließen sich diesem Dank und den guten Wünschen an.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Er verweist auf die allen Ratsmitgliedern vorliegenden Unterlagen und bittet um Erweiterung der Tagesordnung um die Beratungspunkte

- 2002/0526 Bebauungsplan Nr. 15 - 4. Änderung (Liselott-Diem-Sporthalle TOP Ö 12. *)
(Öffentliche Auslegung)
- 2002/0527 Fahrt der Big Band der Musikschule nach Delitzsch TOP Ö 30.
- 2002/0528 Beschallungsanlage für das Bürgerhaus Baumberg TOP Ö 31.

Die ursprünglichen lfd. Nr. verschieben sich entsprechend.

Gegen die Erweiterung der Tagesordnung ergibt sich kein Widerspruch.

Ö 5. 2002/0499 Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Monheim am Rhein

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim verweist auf die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss. Er teilt mit, dass erste Gespräche mit dem Kreis stattgefunden haben, über die im nächsten interfraktionellen Gespräch berichtet wird.

Der Rat nimmt den Sachstandsbericht zur Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Monheim am Rhein zur Kenntnis.

Ö 6. 2002/0475 Tarife mona mare

Die CDU-Fraktion präsentiert einen modifizierten neuen Vorschlag zur Änderung der Tarife des mona mare, in den die im Haupt- und Finanzausschuss diskutierten Anregungen der SPD-Fraktion weitestgehend eingearbeitet sind. Sie hält diese moderate Anhebung der Tarife für einen akzeptablen Vorschlag. Allen Ratsmitgliedern liegt eine schriftliche Ausfertigung vor.

In der Diskussion stimmt die SPD-Fraktion diesem Vorschlag zu, da er ihrer Forderung auf Senkung des ursprünglich von der Bädergesellschaft vorgeschlagenen Grundtarifs entgegenkommt. Die Fraktion Die Grünen plädiert für eine familienfreundlichere Politik und hält ihren im Haupt- und Finanzausschuss gestellten Antrag "Ausweitung des Kinderbegriffs bis zur Vollendung des 5. Lebensjahres" aufrecht. Die Fraktionen von Peto und MBM/F.D.P. sprechen sich dafür aus, in der Tarifgestaltung den Begriff "Jugendliche" durch "Schüler und Studenten" zu ersetzen.

In der Diskussion, in der die Fraktionen ihre Standpunkte verdeutlichen, verweist die Bädergesellschaft darauf, dass jede Vergünstigung auch vor dem Hintergrund des jährlichen Fehlbetrags beurteilt werden muss. Sie erklärt, dass eine Tarifumstellung wegen der nötigen Vorlaufzeit nicht zum 0.1.01.2003 möglich ist.

Der Antrag der Fraktion Die Grünen auf Ausweitung des Kinderbegriffs bis zur Vollendung des 5. Lebensjahres wird bei 17 Stimmen dafür (11 SPD, 3 Grüne, 1 Peto, 2 MBM/F.D.P.) mit 21 Stimmen (BM, 20 CDU) abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion Peto auf Änderung des Begriffs "Jugendliche" in "Schüler und Studenten" wird bei 17 Stimmen dafür (11 SPD, 3 Grüne, 1 Peto, 2 MBM/F.D.P.) mit 21 Stimmen (BM, 20 CDU) abgelehnt.

Beschluss

Der Rat beschließt die Tarifänderungen des mona mare zum nächstmöglichen Termin in der heute vorgelegten Fassung, die Bestandteil dieses Beschlusses und dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 35 Stimmen (BM, 20 CDU, 11 SPD, 1 Peto, 2 MBM/F.D.P.)
Enthaltung 3 Stimmen (Grüne)

Ö 7. 2002/0358 Ermäßigungen für Jugendleiter-Card Inhaberinnen und Inhaber

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim verweist darauf, dass der Beschlussvorschlag im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport um den letzten Satz ergänzt wurde.

Beschluss

Die Stadt Monheim am Rhein fördert und unterstützt bürgerschaftliches Engagement im Bereich des Gemeinwesens in Form von Vergünstigungen für Inhaberinnen und Inhaber der Jugendleitercard und der *Monheim – Card*.

Die Verwaltung prüft die Einführung möglicher Vergünstigungen im Bereich des bürgerschaftlichem Engagements (z.B. Jugendhilfe, Vereinen, Feuerwehr, Seniorenhilfe, etc.) in Form einer „Monheim Card“.

Die Verwaltung wird den Inhalt und Umfang möglicher Vergünstigungen für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger als Diskussionsgrundlage zur Einrichtung eines Ausgleichsfonds zu den Haushaltsberatungen vorlegen.

Die Finanzierung des Budgets sollte durch die Sparkassenstiftung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 8. 2002/0365 Baubeschluss für den Ausbau "Ausgleichsfläche Steinacker"

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim verweist darauf, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage im Haupt- und Finanzausschuss zurückgezogen hat. Sie wird die Angelegenheit demnächst erneut vorlegen.

Ö 9. 2002/0445 Widmung von Straßen für den öffentlichen Verkehr hier: Teilstück der Straße Auf'm Kostenkamp

Beschluss

Das neu hergestellte Teilstück der Straße „Auf'm Kostenkamp“ wird gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) vom 01.08.1983 in der zur Zeit gültigen Fassung für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Träger der Straßenbaulast ist nach § 47 StrWG NRW die Stadt Monheim am Rhein.

Die Widmung ist gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 StrWG NRW mit Rechtsbehelfsbelehrung öffentliche bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 10. 2002/0453 Sachstandsbericht zur Projektabfolge aus dem Handlungs- und Finanzierungsprogramm Berliner Viertel

Die SPD-Fraktion wiederholt ihre bereits in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen geäußerten Bedenken zu den im Arbeitsprogramm enthaltenen Projekten 1 und 4. Sie befürwortet, dass nach dem Auslaufen der Landesförderung für das Stadtteilbüro ein neu zu bildender Stadtteilbeirat sich soziokultureller Aktivitäten im Stadtteil annimmt, lehnt es jedoch ab, bereits jetzt festzulegen, dass dieser Verein/Beirat unter dem Dach der Marke Monheim e.V. arbeitet. Sie ist der Meinung, dass hierüber der neu zu gründende Verein zu entscheiden habe.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass eine finanzielle Förderung durch die LEG nur erfolgt, wenn alle Aktivitäten in das städtische Marketing einfließen. Er zerstreut die bestehenden Bedenken und bestätigt auf Nachfrage aus der SPD-Fraktion, dass der zu gründende Verein/Beirat eigenständig arbeitet, sich jedoch im Verein Marke Monheim e.V. mit einbringt.

Die SPD-Fraktion bittet zu den nicht investiven Projekten 1 und 4 um getrennte Abstimmung.

Beschluss

1. Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Die Projektabfolge der nicht investiven Projekte 2 und 3 und 5 bis 13 sowie der investiven Projekte und deren Inhalte werden als Arbeitsprogramm für das Jahr 2003 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2. Die Projektabfolge der nicht investiven Projekte 1 und 4 und deren Inhalte werden als Arbeitsprogramm für das Jahr 2003 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 26 Stimmen (BM, 19 CDU, 3 Grüne, 1 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

dagegen: 11 Stimmen (SPD)

**Ö 11. 2002/0515 Bebauungsplan 107 M (Im Rottfeld)
- Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes 107 M gem. § 2
(1) BauGB**

Die Verwaltung erläutert die Vorlage. Sie macht deutlich, dass durch das Planverfahren eine verbesserte Erschließung des ca. 80 000 qm großen Gewerbe- und Industriegebietes erreicht werden soll, um dort neue Industrie- und Gewerbebetriebe ansiedeln zu können, was bisher an der völlig unzureichenden Verkehrserschließung scheiterte.

Sie bittet um Ergänzung des Beschlussvorschlages in Ziff. 2. um Satz 2.

Aus der Fraktion Die Grünen wird vor dem Hintergrund der nicht realisierten Industrieansiedlung im Bebauungsplan 98 M dafür plädiert, dass die Verwaltung zunächst Gespräche mit den Eigentümern der betroffenen Grundstücke führt, um Realisierungschancen zu ergründen.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass seit über 2 1/2 Jahren Gespräche über dieses Gebiet ohne Ergebnis geführt wurden. Deshalb schlage die Verwaltung jetzt dieses Bebauungsplanverfahren vor, das die Durchsetzung einer verbesserten Erschließung ermögliche.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag zu, übt jedoch Kritik am formalen Verfahren, da der für den Beschluss zuständige Fachausschuss erst vor zwei Wochen tagte. Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim bemerkt hierzu, dass eine frühzeitigere Fertigstellung der Vorlage nicht möglich war.

Beschluss

1. Gemäß § 9 Abs. 4 der Hauptsatzung zieht der Rat die Angelegenheit an sich.
2. Der Bebauungsplan 107 M „Im Rottfeld“ wird gem. § 2 (1) BauGB zur Aufstellung beschlossen. Der Geltungsbereich ergibt sich aus der Anlage zur Beschlussvorlage, die Bestandteil dieses Beschlusses ist.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 12. 2002/0526 Bebauungsplan Nr. 10 B - 4. Änderung (Liselott-Diem-Sporthalle) - Öffentliche Auslegung

Die Verwaltung verweist auf ihre Mitteilung im Haupt- und Finanzausschuss und gibt Erläuterungen zur Vorlage. Sie teilt mit, dass die Nutzung der Aldi-Parkplatzfläche durch die Öffentlichkeit außerhalb der Aldi-Geschäftszeiten nicht verhandelt werden konnte und ein Kompromiss gefunden werden musste. Mit dem Vorschlag, südöstlich der Sporthalle ein zusätzliches eingeschossiges Parkdeck zu errichten, das der Öffentlichkeit nach Schließung des Aldi-Parkplatzes zur Verfügung steht, vor allem während der Abendstunden, werde der Parkplatzbedarf mehr als gut gedeckt. Die Fa. Aldi habe darüber hinaus zugesichert, ihre Stellplatzfläche bei evtl. Sonderveranstaltungen in der Sporthalle nach Absprache zur Verfügung zu stellen. Da sich durch die Planänderung die Grundzüge der Planung verändert haben, sei die erneute öffentliche Auslegung erforderlich. Weil im Frühjahr mit der Realisierung des Projekts begonnen werden solle, lege die Verwaltung heute diese Tischvorlage zur Beschlussfassung vor.

Aus der Fraktion Die Grünen kommt die Frage, ob die jetzt vorgelegte Planung auch vor dem Hintergrund der Aufgabe der Geschw.-Scholl-Schule und einer Überplanung dieses Geländes mit Wohnbebauung durchdacht sei, insbesondere hinsichtlich der Erschließung.

Die Verwaltung erläutert hierzu, dass das vorgelegte Konzept alle Möglichkeiten für die Zukunft offen lässt.

Die SPD-Fraktion hält die jetzt vorgeschlagene Planänderung für gravierend und verlangt hierzu eine Bürgeranhörung; sie bezweifelt, dass eine einfache öffentliche Auslegung ausreichend ist. Insbesondere wegen der Probleme, die sie hinsichtlich des Standortes des Parkdecks und dessen Zufahrt auf die Bürger zukommen sieht, hält sie eine Bürgerbeteiligung für unerlässlich. Außerdem vertritt sie den Standpunkt, dass für die Parkplatzflächen auch für die Zukunft ein städt. Zugriffsrecht gesichert werden müsse.

Die Verwaltung erklärt hierzu, dass die Fa. Aldi der Stadt für den Fall der Standortaufgabe ein Vorkaufsrecht zusichert und durch den Offenlegungsbeschluss die Bürgerbeteiligung ermöglicht wird.

Aus der CDU-Fraktion kommt die Frage, ob um das Parkplatzgelände der Fa. Aldi ein Zaun errichtet wird.

Der Bürgermeister antwortet, dass das Gelände nicht, wie der Aldi-Markt an der Opladener Straße, mit einem 2 m hohen Zaun abgesperrt werden soll. Vorgesehen sei im Rahmen der Schulwegsicherung lediglich ein Leit-Zaun, der verhindern solle, dass Schulkinder quer über den Parkplatz laufen. Ziel sei es, den Bereich so offen wie möglich zu halten.

Aufgrund dieser Aussage, dass es keine Einzäunung dieses Geländes, sondern nur einen Leitzaun im Rahmen der Schulwegsicherung geben werde, sieht die CDU-Fraktion das Parkdeck als städtebauliche Bereicherung an und die Optimierung der Parkplatzflächen als ein deutliches Plus für den gesamten Bereich. Die erneute öffentliche Auslegung hält sie für vollkommen ausreichend, da jeder Bürger dadurch in die Lage versetzt werde, seine Bedenken zu formulieren.

Die Fraktion Die Grünen sagt ja zur Schaffung der Parkplätze, jedoch nicht um den Preis des geplanten Parkdecks. Sie hält das vorgelegte Konzept für eine Fehlplanung. Auch den geplanten Leitzaun hält sie für wirkungslos, da er Schüler geradezu ermuntern werde, über das Gelände zu laufen. Sie sieht sich in ihrer von Anfang an geäußerten Ablehnung dieses Projekts bestätigt und lehnt den Beschlussvorschlag ab.

Beschluss

1. Gemäß § 9 Abs. 4 der Hauptsatzung zieht der Rat die Angelegenheit an sich.
2. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes 10 B (Liselott-Diem-Sporthalle) wird gem. § 3 Abs. 3 BauGB erneut nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Der in der Anlage 1 der Beschlussvorlage beigefügte Plan und die Begründung in der Anlage 2 sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 21 Stimmen (BM, 19 CDU, 1 F.D.P.)
dagegen: 16 Stimmen (11 SPD, 3 Grüne, 1 Peto, 1 MBM)

Ö 13. 2002/0455 Beteiligung am Projekt 'Digitales Ruhrgebiet'

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, die mit der Beteiligung an der Besitzgesellschaft verbundenen Verhandlungen zu führen und die notwendigen Verträge abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 14. 2002/0425 Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel;
Restfinanzierung der Dachsanierung KG Schellingstraße**

Beschluss

Gemäß § 82 Abs. 1 GO i.V. mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird die Zustimmung zur außerplanmäßigen Mittelbereitstellung bei der HHSt. 4640.9870.10 – Dachsanierung KG Schellingstraße – in Höhe von 31.500 €erteilt

Die Deckung erfolgt aus der HHSt. 7700.9350.00 – Beschaffung von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Ö 15. 2002/0444 Genehmigung von überplanmäßigen Mitteln
hier: Entschädigungen an umlegungsbeteiligte
Grundstückseigentümer**

Beschluss

Gemäß § 82 Abs. 1 und 2 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein genehmigt der Rat die Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln in Höhe von 1.200.000 €im Jahre 2002 bei der Haushaltsstelle 2.6140.9320.00 –Entschädigungen für umlegungsbeteiligte Grundstückseigentümer-. Die Deckung erfolgt durch Veranschlagung der Mittel im Haushaltsplan für das Jahr 2003.

Abstimmungsergebnis:
bei einigen Gegenstimmen aus der SPD-Fraktion angenommen

**Ö 16. 2002/0493 Kenntnisnahme der nicht erheblichen über- und
außerplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 01.09. - 22.11.02**

Der Rat nimmt die nicht erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 01.09.2002 bis zum 22.11.2002 zur Kenntnis.

**Ö 17. 2002/0398 Satzung zur 7. Änderung der 'Gebührensatzung zur
Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung)
der Stadt Monheim am Rhein vom 20.12.1996'**

Ausgelöst durch Presseartikel kommt es zu einer längeren Diskussion über die Gebühren für die Restmüllcontainer im Bereich der LEG. Die CDU-Fraktion widerspricht den Darstellungen in der Presse. Sie verweist insbesondere darauf, dass sich die Restmüllgebühren für die LEG von 2000 bis 2003 halbiert haben. Sie sieht in der Reduzierung der Restmüllmenge um fast 30 % einen großen Erfolg des Verwiegesystems.

Die SPD-Fraktion sieht sich in ihrer von Anfang an geäußerten Kritik bestätigt, dass das Verwiegesystem in Großwohnanlagen nicht funktioniert, da die einzelnen Mietparteien keinen Einfluss auf die Höhe der Gebühren nehmen können. Trotz aller Bemühungen müssten die Mieter der LEG deutlich mehr zahlen als andere Bürger und das sei nicht gerecht. Ein Sprecher der SPD-Fraktion macht deutlich, dass die Müllgebühren für die Mieter der LEG trotz Müllreduzierung und Verringerung der Müllcontainer um 150 im Jahr 2003 um 25 % steigen.

Aus der Fraktion Die Grünen wird auf den Hauptgrund zur Einführung des Verwiegesystems verwiesen, Gebührengerechtigkeit herzustellen. Vor diesem Hintergrund müsse aufgrund der großen technischen Schwierigkeiten die Verwiegung im Berliner Viertel hinterfragt werden. Sie fragt die Verwaltung, ob der Vertrag mit der Fa. Rethmann nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden müsse, wenn diese ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllt.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim verweist auf das anhängige Gerichtsverfahren, in dem jetzt im Rahmen des Beweissicherungsverfahrens ein unabhängiger Gutachter bestellt wurde, der die Schleusenproblematik überprüft. Danach müsse über das weitere Vorgehen entschieden werden. Er teilt in diesem Zusammenhang mit, dass die LEG die Optimierung der Containerstandorte betreiben werde; Ziel sei es, flächendeckend möglichst pro Haus einen abschließbaren Standort anzubieten, was zu einer besseren sozialen Kontrolle führe.

Die CDU-Fraktion verweist nochmals auf die Halbierung der der LEG in Rechnung gestellten Kosten. Wenn gleichzeitig die LEG ihre Mieter um 25 % mehr belaste, so sei hier die Praxis der LEG zu hinterfragen; dies sei keine Folge der Müllverwiegung.

Der Sprecher der Fraktion MBM/F.D.P. hält das Verwiegesystem nach wie vor für richtig und gerecht, weil es der Müllvermeidung diene und die Kosten für den Einzelnen gebunden sind an die Entsorgung, die er selber verursacht. Eine andere Frage sei jedoch das Nichtfunktionieren der Schleusen-Technik. Wenn ein Vertragspartner wie die Fa. Rethmann nicht in der Lage sei, dies in Ordnung zu bringen und einverständlich zu regeln und sich mit der Stadt vor Gericht streite, sei es höchste Zeit, sich nach einem anderen Vertragspartner umzusehen.

Beschluss

Die Satzung zur 7. Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 20.12.1996 in der Fassung vom 26.06.2001“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung sowie die Gebührenkalkulation sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 26 Stimmen (BM, 19 CDU, 3 Grüne, 1 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

dagegen: 11 Stimmen (SPD)

Ö 18. 2002/0423 Vergnügungssteuersatzung

Die Vertreterin der F.D.P. ist der Meinung, dass die Aufstellung von sog. Gewaltspielgeräten verhindert werden sollte und beantragt deshalb, den Gebührensatz für derartige Geräte auf 800 € festzusetzen.

Die Verwaltung betont hierzu, dass bei einem Gebührensatz in dieser Höhe eine erdrosselnde Wirkung der Steuer vorliegen würde. Gerichtsfest sei ein Betrag von 400 €, darüber hinausgehende Beträge seien zz. nicht durchsetzbar.

Die SPD-Fraktion verweist auf die Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss und das mittlerweile vorliegende Schreiben eines ortsansässigen Automatenaufstellers an die Fraktionen. Sie beantragt, die Steuer entsprechend der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW festzusetzen:

§ 3 Abs. 2

a)	1. statt	200,00 €	= 150,00 €
	2. statt	50,00 €	= 35,00 €
b)	1. statt	80,00 €	= 50,00 €
	2. statt	40,00 €	= 25,00 €

Die CDU-Fraktion folgt diesem Vorschlag nicht. Angesichts der nicht unerheblichen Spielsuchtgefahr für viele Menschen ist sie dafür, es bei den von der Verwaltung vorgeschlagenen Sätzen zu belassen. Mögliche wirtschaftliche Risiken der Automatenunternehmen dürften unter diesem Blickwinkel keine Rolle spielen.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim lässt über die Verwaltungsvorlage als den weitergehenden Vorschlag abstimmen.

Beschluss

Die Vergnügungssteuersatzung der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 26 Stimmen (BM, 19 CDU, 3 Grüne, 1 Peto, 2 MBM/F.D.P.)
dagegen: 11 Stimmen (SPD)

Ö 19. 2002/0434 Änderung der Hundesteuersatzung

Die Vorlage wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt, da das neue Landeshundegesetz noch nicht in Kraft ist.

Ö 20. 2002/0522 **Satzung zur 23. Änderung der 'Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.02.1982'**

Beschluss

Die Satzung zur 23. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.02.1982“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 21. 2002/0462 **Satzung zur 10. Änderung der 'Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung in der Stadt Monheim am Rhein vom 22.12.1989'**

Beschluss

Die Satzung zur 10. Änderung der " Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 22.12.1989" wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 22. 2002/0465 **Satzung zur 9. Änderung der 'Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.12.1994'**

Beschluss

Die Satzung zur 9. Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.12.1994“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung sowie die Gebührenkalkulation sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 23. 2002/0524 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Krankentransport- und Rettungsdienstes der Stadt Monheim am Rhein

Beschluss

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Krankentransport- und Rettungsdienstes der Stadt Monheim am Rhein vom 27.12.1999 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 24. 2002/0518 Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2001

Der stellv. Bürgermeister König übernimmt die Sitzungsleitung; Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim nimmt im Zuhörerraum Platz.

Beschluss

Entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 04.12.2002 wird gemäß § 94 Abs. 1 GO NRW dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2001 die vorbehaltlose Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

Ö 0. Bürgerfragestunde

Beginn: 18.49 Uhr

Ein Bürger stellt eine Frage zum weiteren Sitzungsverlauf, die Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim beantwortet.

Ende: 18.50 Uhr

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim unterbricht die Sitzung für eine Pause von 18.50 bis 19.08 Uhr.

Ö 25. 2002/0500 Hebesatzsatzung für die Realsteuern

Es besteht Übereinkunft darüber, unter diesem Tagesordnungspunkt zum Haushalt etc. insgesamt Stellung zu nehmen.

Die Reden der Fraktionen sind dieser Niederschrift als Anlagen beigelegt.

Die SPD-Fraktion beantragt getrennte Abstimmung über die Steuersätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer.

Beschluss

Die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2003 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Grundsteuer A	190 v.H.
Grundsteuer B	380 v.H.
dafür:	26 Stimmen (BM, 19 CDU, 3 Grüne, 1 Peto, 2 MBM/F.D.P.)
dagegen:	11 Stimmen (SPD)
Gewerbesteuer einstimmig	405 v.H.

Ö 26. 2002/0514 Stellenplan 2003

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim betont, dass der vorgelegte Stellenplan als vorläufiger Stellenplan anzusehen ist und sagt für April/Mai des nächsten Jahres hinsichtlich der Auswirkungen des Brandschutzbedarfsplans einen Nachtrag zum Stellenplan zu.

Die SPD-Fraktion beantragt, die im Brandschutzgutachten geforderten Stellen Gerätewart und vorbeugender Brandschutz in den Stellenplan 2003 aufzunehmen. Außerdem kritisiert sie die vom Bürgermeister in der Öffentlichkeit gemachte Aussage, im Jahr 2003 keine Auszubildenden einzustellen. Sie ist der Meinung, dass die Stadt sich hier nicht aus der Verantwortung stellen könne und beantragt, dass auch 2003 Auszubildende eingestellt werden.

In der Diskussion betont die Verwaltung, dass der vorbeugende Brandschutz eine Dienstaufgabe nach Weisung ist und empfiehlt, die Verhandlungen mit dem Kreis abzuwarten. Ein zentrales Thema sei z.B. die Frage der Aufschaltung der hiesigen Leitstelle auf die Leitstelle des Kreises, wodurch dann 4,3 hauptamtliche Feuerwehrkräfte anderweitig eingesetzt werden müssten. Der Kreis habe eine Frist bis zum 15.02.2003 für die Klärung verschiedener Fragen gesetzt, u.a. Leitstelle, Kooperation mit anderen Städten und freiwilligen Hilfsorganisationen.

Aus der SPD-Fraktion kommt hierzu die Frage, wie der Rat an dieser Entscheidungsfindung beteiligt wird. Der Bürgermeister sagt diese Beteiligung ausdrücklich zu und kündigt Gespräche mit Vertretern des Kreises unter Beteiligung der Ratsfraktionen an.

Zur Frage der Ausbildung kommt es zu einer längeren Diskussion, in der der Bürgermeister deutlich macht, dass er eine Ausbildung nur dann für sinnvoll hält, wenn er den Ausgebildeten dann später auch eine Stelle anbieten könne, da die Vielfalt der Verwendbarkeit der in der Verwaltung ausgebildeten jungen Leute außerhalb der Verwaltung beschränkt sei. Er schlägt vor, dass die Verwaltung in der April-Sitzung des Rates ausführlich über die Ausbildungssituation, über Bedarf und Perspektiven berichtet und erst dann die Entscheidung fällt, ob zum 01.08.2003 ausgebildet wird oder nicht.

Die SPD-Fraktion lehnt es ab, die Bewerberinnen und Bewerber, die bereits an einem Auswahlverfahren teilgenommen haben, so lange hinzuhalten und verlangt heute eine Abstimmung darüber, ob die Verwaltung zum 01.08.2003 ausbildet.

Die CDU-Fraktion vertritt aufgrund der vom Bürgermeister dargestellten Ausbildungsproblematik die Meinung, dass diese Frage sehr sorgfältig abgewogen werden muss.

Abstimmungsergebnis über den Antrag der SPD-Fraktion:

dafür: 11 Stimmen (SPD)
dagegen: 24 Stimmen (BM, 19 CDU, 2 Grüne, 1 Peto, 1 F.D.P.)
Enthaltung: 1 Stimme (Grüne)

Ihren Antrag auf Aufnahme der im Brandschutzbedarfsplan geforderten Stellen in den Stellenplan 2003 zieht die SPD-Fraktion unter der Voraussetzung zurück, dass die politischen Gremien an den zu treffenden Entscheidungen beteiligt werden und die Verwaltung in den Verhandlungen mit dem Kreis eine abgestimmte Position vertritt.

Dies sagt der Bürgermeister nochmals ausdrücklich zu.

Die CDU-Fraktion wiederholt ihren bereits im Haupt- und Finanzausschuss gestellten Antrag, die zweite Stelle in der Jugendberatung mit einem ku-Vermerk zu versehen und sie nach Ablauf des Projektes "Soziales Trainingsjahr" als Teilzeitstelle zu führen und ggfl. bedarfsgerecht zu verlagern.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 25 Stimmen (BM, 19 CDU, 3 Grüne, 1 Peto, 1 F.D.P.)
dagegen: 11 Stimmen (SPD)

Beschluss

Der Stellenplan 2003 wird in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung, die sich aus den Tabellen ergibt, mit folgender Änderung beschlossen:

Die Stelle 2/4650 (Jugendberatung) erhält einen ku-Vermerk "TZ".

Die wesentlichen Änderungen zum Stellenplan 2002 sind erläutert.

Es wird weiterhin angestrebt, die Anzahl der beschäftigten Personen durch organisatorische Maßnahmen über das erreichte Maß hinaus zu verringern.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 22 Stimmen (BM, 19 CDU, 1 Peto, 1 F.D.P.)
dagegen: 14 Stimmen (11 SPD, 3 Grüne)

Ö 27. 2002/0507 Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2002- 2006

Diskussion s. TOP Ö 25.

Beschluss

Die von den Fachausschüssen und der Verwaltung vorgeschlagenen Ansatzänderungen des Vermögenshaushaltes 2003 werden unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen und soweit dieser sie dem Rat zur Beschlussfassung empfiehlt, in das der Finanzplanung der Haushaltssatzung 2003 zugrunde liegende Investitionsprogramm 2002 bis 2006 aufgenommen.

Das so zu berichtigende Investitionsprogramm wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 22 Stimmen (BM, 19 CDU, 1 Peto, 1 F.D.P.)

dagegen: 14 Stimmen (11 SPD, 3 Grüne)

Ö 28. 2002/0508 Haushaltssatzung, Haushaltsbuch und Haushaltsplan 2003

Diskussion s. TOP Ö 25.

Beschluss

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2003 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit,
- b) aufgrund der Empfehlungen anderer Fachausschüsse,
- c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung,

beschlossen hat, angenommen.

- 1.** Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2003 wird mit folgender Fassung beschlossen:

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW 1994, S 666/SGV NW/2023) in der z.Zt. geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Monheim am Rhein am 18.12.2002 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2003, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Verwaltungshaushalt**

in der Einnahme auf	88.564.420 €
in der Ausgabe auf	95.248.130 €

im **Vermögenshaushalt**

in der Einnahme auf	13.824.790 €
in der Ausgabe auf	13.824.790 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2003 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen), erforderlich ist, wird auf

3.650.460 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

0 €

festgesetzt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2003 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

18.000.000 €

festgesetzt.

§ 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2003 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|---|-----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) | 190 v. H. |
| 1.2 | für die Grundstücke
(Grundsteuer B) | 380 v. H. |

2. **Gewerbesteuer**
nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital auf 405 v. H.

§ 6

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2004 wieder hergestellt. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 7

- (1) Über- und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates nach § 82 der Gemeindeordnung NW, wenn sie im Einzelfall 10.000 € überschreiten und ihnen keine zur Deckung dieser Ausgaben zweckgebundenen Einnahmen gegenüberstehen. Buchungen nach § 22 der Gemeindehaushaltsverordnung bleiben hiervon unberührt.
 - (2) Die Bewirtschaftung der Ausgabeansätze des Vermögenshaushaltes und die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Stadtkämmerers erfolgen. Die Erläuterungen zum Haushaltsplan sind dabei zu beachten. Über Änderungen des Verwendungszweckes im Rahmen der Unabweisbarkeit entscheidet bis 10.000 € der Stadtkämmerer, darüber hinaus der Haupt- und Finanzausschuss.
 - (3) Bei den im Stellenplan als künftig umzuwandelnd bezeichneten Planstellen (ku-Vermerk) sind die Bestimmungen des § 26 BBesG (Obergrenzen für Beförderungsämter), der Stellenobergrenzenverordnung (StOV-Gem) bzw. die Tätigkeitsmerkmale des BAT zu beachten.
 - (4) Ausgabeansätze des Verwaltungshaushalts sind im Rahmen der "Budgetregeln" für die einzelnen Fachbereiche als übertragbar und gegenseitig deckungsfähig anzusehen.
2. Die im Haushaltsbuch festgesetzten Fachbereichsbudgets werden für das Haushaltsjahr 2003 in folgender Höhe beschlossen:

		Einnahme	Ausgabe	Saldo
FB 0	Politik	145.938	1.360.725	- 1.214.787
FB 1	Bürgerservice und soz. Dienstleistungen	3.972.435	10.978.177	- 7.005.742
FB 2	Jugend, Beschäftigung und Qualifizierung	6.868.173	15.436.155	- 8.567.982
FB 3	Bildung, Kultur und Sport	1.402.135	8.380.203	- 6.978.068
FB 4	Stadtplanung und Bauwesen	13.647.160	18.623.691	- 4.976.531

- 3.** Der Fehlbetrag für das Haushaltsjahr 2003 beläuft sich auf 6.683.710 € Daher ist, auch in Anbetracht der weiteren ausgewiesenen Fehlbeträge und der Maßgaben des Haushaltssicherungskonzeptes, der dem Haushaltsplan als Anlage beigefügte Finanzplan, soweit die Fachbereichsbudgets betroffen sind, als verbindlich anzusehen. Es ist sicherzustellen, dass während der Laufzeit des Haushaltssicherungskonzeptes bei der Aufstellung des Haushaltsplans keine Zuschusserhöhung dieser Budgets erfolgt und sämtliche in Frage kommenden Positionen unter den dann aktuellen Gesichtspunkten auf eine Senkung des Budgets hin überprüft werden. Die Ansätze werden mit diesem Beschluss im Rahmen der Budgetdeckung festgesetzt.
- 4.** Die Ergebnisse der vier Foren zum Bürgerhaushalt werden zur Kenntnis genommen und entsprechend des Diskussionsverlaufs in den Fachausschüssen, bei der Beratung der Haushaltssatzung bzw. bei der Festlegung der Leistungsvereinbarungen berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 22 Stimmen (BM, 19 CDU, 1 Peto, 1 F.D.P.)
 dagegen: 14 Stimmen (11 SPD, 3 Grüne)

Ö 29. 2002/0503 Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2003-2006

Diskussion s. TOP Ö 25.

Beschluss

Das der Sachdarstellung als Anlage beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2003 für die Planungsjahre 2003 – 2006 wird mit den dort genannten Maßnahmen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 22 Stimmen (BM, 19 CDU, 1 Peto, 1 F.D.P.)
 dagegen: 14 Stimmen (11 SPD, 3 Grüne)

Ö 30. 2002/0527 Fahrt der Big Band der Musikschule nach Delitzsch

Beschluss

1. Gem. § 9 Abs. 4 der Hauptsatzung zieht der Rat die Angelegenheit an sich.
2. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein empfiehlt der Stiftung Monheim der Stadtsparkasse Düsseldorf, die Fahrt der Big Band der Musikschule vom 10. – 12.01.2003 nach Delitzsch mit 1.400,- € zu bezuschussen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 31. 2002/0528 Beschallungsanlage für das Bürgerhaus Baumberg

Die SPD-Fraktion stimmt der Maßnahme zu, äußert jedoch Kritik am Verfahren und verlangt für die Zukunft klare Regelungen, nach denen das Kuratorium verfährt.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim gibt Erläuterungen zu dem durch die späte Stiftungsgenehmigung entstandenen Zeitdruck und sagt für die Zukunft eindeutige Normen für die Tätigkeit des Kuratoriums zu.

Beschluss

1. Gem. § 9 Abs. 4 der Hauptsatzung zieht der Rat die Angelegenheit an sich.
2. Der Rat empfiehlt der Stiftung Monheim der Stadtparkasse Düsseldorf, dem Zuschussantrag des Baumberger Allgemeinen Bürgervereins bezgl. einer Beschallungsanlage für das Bürgerhaus Baumberg in Höhe von 26.287,40 € zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 35 Stimmen (BM, 19 CDU, 10 SPD, 3 Grüne, 1 Peto, 1 F.D.P.)
dagegen: 1 Stimme (SPD)

Ö 32. Mündliche Mitteilungen

Ö 32.1 Mündliche Mitteilung Ansiedlung der Firma Famila

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim teilt mit, dass am 16.12.2002 der Vertrag mit der Fa. Famila notariell beurkundet wurde.

Ö 33. Mündliche Anfragen

Ö 33.1 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Pruin (Grüne) Empfang des BM am 05.01.2003

Rats Herr Pruin fragt an, warum der Empfang des Bürgermeisters am gleichen Tag wie der Neujahrsempfang des Baumberger Allgemeinen Bürgervereins stattfindet.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim räumt ärgerliche Abstimmungsprobleme ein, verweist jedoch auf eine gute Resonanz der als Bürgermarkt konzipierten Veranstaltung. Diese werde durch Sponsoren kostenneutral sein.

Ö 33.2 **Mündliche Anfrage des Rats Herrn Göbel (CDU)**
Soziales Trainingsjahr

Rats Herr Göbel bezieht sich auf Informationen, wonach die Maßnahme Soziales Trainingsjahr verspätet beginnt. Er fragt nach, ob die seinerzeit herbeigeführte ad hoc-Entscheidung vor diesem Hintergrund gerechtfertigt war.

Die Verwaltung macht deutlich, dass die Entscheidung zum damaligen Zeitpunkt nötig war, weil eine Antragsfrist eingehalten werden musste. Die Maßnahme werde nunmehr mit einer Teilnehmerzahl von 17 am 01.01.2003 beginnen.

Ö 33.3 **Mündliche Anfrage des Rats Herrn Schmidt (SPD)**
Europaweite Ausschreibung PPP-Projekt

Rats Herr Schmidt fragt an, wann er mit der zugesagten schriftlichen Beantwortung der im Haupt- und Finanzausschuss gestellten Fragen rechnen kann.

Die Verwaltung sagt die Beantwortung noch vor Weihnachten zu.

Ö 33.4 **Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD)**
Bezuschussung der Beratungsstelle für Ehe- und Lebensfragen

Ratsfrau Hengsberger bezieht sich auf ein allen Fraktionsvorsitzenden zugegangenes Schreiben der Beratungsstelle für Ehe- und Lebensfragen i.S. Zuschuss. Dieses Schreiben habe leider nicht so rechtzeitig vorgelegen, dass es in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zum Thema hätte gemacht werden können. Sie fragt an, ob dem Verein empfohlen werden könne, noch einen Antrag an die Sparkassenstiftung zu stellen, zumal ja nach den Ausführungen des Bürgermeisters dort noch Gelder in diesem Jahr verausgabt werden müssen.

Herr Bürgermeister Dr. Düchheim antwortet, dass der vorliegende Antrag zunächst von der Verwaltung geprüft und das hinsichtlich Zuschüssen vereinbarte Verfahren eingehalten werde.

Ö 33.5 **Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD)**
Minit Service GmbH

Ratsfrau Hengsberger verweist auf die in der letzten Ratssitzung gestellte Anfrage des Rats Herrn Schmidt hinsichtlich der Anzahl der Schulungen der Fa. Minit und den damit verbundenen Hotelübernachtungen. Sie fragt an, wann diese Anfrage beantwortet werde.

Der Bürgermeister antwortet, dass ein Gespräch mit der Geschäftsführung der Firma noch aussteht. Bisher sei lediglich mündlich mitgeteilt worden, dass die Zahl der Hotelübernachtungen bei 1100 liegt.

Ö 33.6 **Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD)**
Unterbringung der Jugendfeuerwehr

Ratsfrau Hengsberger fragt an, wann mit der Errichtung der Wohncontainer auf dem Gelände der Feuer- und Rettungswache zu rechnen ist.

Die Verwaltung teilt mit, dass der Bauantrag gestellt ist und das Ausschreibungsverfahren läuft.

Ö 33.7 **Mündliche Anfrage des Rats Herrn Dr. Stapper (Grüne)**
Schulentwicklungsplanung

Rats Herr Dr. Stapper bezieht sich auf die von seiner Fraktion in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport gestellten, aber unbeantwortet gebliebenen Fragen. Er fragt an, wann mit der Beantwortung zu rechnen ist.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim verweist auf die Aufforderung an die Politik, interfraktionell Lösungen zu diskutieren, die in der Lenkungsgruppe am 08.01.2003 beraten werden sollen. Die Verwaltung begeben sich in dieser Diskussion in die Rolle des neutralen Maklers und werde die getroffene politische Entscheidung umsetzen. Er hält es nicht für sinnvoll, diese Diskussion jetzt an dieser Stelle zu führen und sagt die Beantwortung der im Ausschuss gestellten Fragen noch vor Weihnachten zu.